

BNY Mellon Service Kapitalanlage-Gesellschaft mbH Frankfurt am Main

**An die Anleger des Sondervermögens MPF Athene,
ISIN DE000A0M6MX4**

Bekanntmachung der Änderung Besonderen Vertragsbedingungen

Das Sondervermögen **MPF Athene** wird von einem Gemischten Sondervermögen auf ein Sonstiges Sondervermögen umgestellt. Diese Änderungen wurden von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigt. Grund der Änderung ist die Vereinheitlichung der Produktpalette und die Anwendbarkeit erweiterter Anlagemöglichkeiten. Die inhaltlichen Änderungen betreffen im Wesentlichen die Anpassung der Anlagegrenzen sowie die Darstellung der erwerblichen Vermögensgegenstände. Infolge der Änderungen werden die Besonderen Vertragsbedingungen entsprechend der unten aufgeführten Version der Besonderen Vertragsbedingungen mit Wirkung zum 1. November 2013 ergänzt bzw. geändert.

Die Anleger des Sondervermögens können die Rücknahme ihrer Anteile ohne weitere Kosten oder den Umtausch ihrer Anteile ohne weitere Kosten in Anteile des mit den bisherigen Anlagegrundsätzen vergleichbaren und von der BNY Mellon Service Kapitalanlage-Gesellschaft mbH verwalteten Sondervermögens **VJ Global** verlangen.

Besondere Vertragsbedingungen

zur Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen

den Anlegern und

der BNY Mellon Service Kapitalanlage-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main,

(nachstehend „Gesellschaft“ genannt)

für das von der Gesellschaft verwaltete

Sonstige Sondervermögen

MPF Athene,

die nur in Verbindung mit den für das jeweilige Sonder-

vermögen von

der Gesellschaft aufgestellten

„Allgemeinen Vertragsbedingungen“

gelten.

ANLAGEGRUNDSÄTZE UND ANLAGEGRENZEN

§1 Vermögensgegenstände

Die Gesellschaft darf für das Sondervermögen folgende Vermögensgegenstände erwerben:

1. Wertpapiere gemäß § 47 InvG;

2. Geldmarktinstrumente gemäß § 48 InvG;

3. Bankguthaben gemäß § 49 InvG;

4a. Investmentanteile gemäß § 50 InvG;

4b. Anteile an Publikumssondervermögen nach Maßgabe der §§ 66 bis 82 InvG, Anteile an ausländischen Investmentvermögen, die hinsichtlich der Anlagepolitik Anforderungen unterliegen, die denen nach §§ 66 bis 82 InvG vergleichbar sind (im Folgenden als „Anteile an Immobilien-Sondervermögen“ oder „Immobilien-Sondervermögen“ bezeichnet);

4c. Anteile an Publikumssondervermögen nach Maßgabe der §§ 83 bis 86 InvG, Anteile an ausländischen Investmentvermögen, die hinsichtlich der Anlagepolitik Anforderungen unterliegen, die denen nach §§ 83 bis 86 InvG vergleichbar sind und Aktien von Investmentaktiengesellschaften, deren Satzung eine den §§ 83 bis 86 InvG vergleichbare Anlagepolitik vorsieht sowie Anteile an vergleichbaren ausländischen Investmentvermögen (im Folgenden als „Anteile an Gemischten Sondervermögen“ oder „Gemischte Sondervermögen“ bezeichnet);

4d. Anteile an Publikumssondervermögen nach Maßgabe der §§ 90g bis 90k InvG, Anteile an ausländischen Investmentvermögen, die hinsichtlich der Anlagepolitik Anforderungen unterliegen, die denen nach §§ 90g bis 90k InvG vergleichbar sind und Aktien von Investmentaktiengesellschaften, deren Satzung eine den §§ 90g bis 90k InvG vergleichbare Anlageform vorsieht, sowie Anteile an vergleichbaren ausländischen Investmentvermögen, soweit diese Publikumssondervermögen oder die Investmentaktiengesellschaft ihre Mittel nicht selbst in andere Investmentvermögen anlegen (im Folgenden als „Anteile an Sonstigen Sondervermögen“ oder „Sonstige Sondervermögen“ bezeichnet); sowie

4e. Anteile an Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken nach Maßgabe des § 112 InvG, Anteile an ausländischen Investmentvermögen, die hinsichtlich der Anlagepolitik Anforderungen unterliegen, die denen nach § 112 InvG vergleichbar sind und Aktien von Investmentaktiengesellschaften deren Satzung eine dem § 112 InvG vergleichbare Anlageform vorsieht, sowie Anteile an vergleichbaren ausländischen Investmentvermögen, soweit diese Sondervermögen oder die Investmentaktiengesellschaft ihre Mittel nicht selbst in andere Investmentvermögen anlegen (im Folgenden als „Anteile an Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken“ oder „Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken“ bezeichnet);

5. Derivate gemäß § 2 Abs. 4 Nr. 3 InvG;

6. Sonstige Anlageinstrumente gemäß § 52 InvG;

7. Edelmetalle und unverbriefte Darlehensforderungen.

§ 2 Anlagegrenzen

1. Die Gesellschaft darf insgesamt bis zu 100 Prozent des Wertes des Sondervermögens in Wertpapieren nach Maßgabe des § 5 der „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ anlegen.

2. Die Gesellschaft darf insgesamt bis zu 100 Prozent des Wertes des Sondervermögens in Geldmarktinstrumenten nach Maßgabe des § 6 der „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ anlegen.

3. Bis zu 100 Prozent des Wertes des Sondervermögens dürfen in Bankguthaben nach Maßgabe des § 7 Satz 1 der „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ gehalten werden.

4. Bis zu 100 Prozent des Wertes des Sondervermögens dürfen in Investmentanteile gemäß § 1 Ziff. 4a und in Anteile an gemischten Sondervermögen im Sinne von § 1 Ziff. 4c sowie bis zu 50 Prozent in Anteile an Immobilien-Sondervermögen gemäß § 1 Ziff. 4b angelegt werden.

a) Für das Sondervermögen können bis zu einer Höhe von 100 Prozent Anteile an in- oder ausländischen Sondervermögen erworben werden, die nach ihren Vertragsbedingungen vorwiegend in Aktien investiert sind (Aktienfonds).

b) Für das Sondervermögen können bis zu einer Höhe von 100 Prozent Anteile an in- oder ausländischen Sondervermögen erworben werden, die nach ihren Vertragsbedingungen vorwiegend in zinstragende Wertpapiere investiert sind (Rentenfonds).

c) Für das Sondervermögen können bis zu einer Höhe von 100 Prozent Anteile an in- oder ausländischen Sondervermögen erworben werden, die nach ihren Vertragsbedingungen vorwiegend in Bankguthaben oder Geldmarktinstrumenten investieren.

d) Für das Sondervermögen können bis zu einer Höhe von 50 Prozent Anteile an in- oder ausländischen Immobilien-Sondervermögen im Sinne von § 1 Ziff. 4b erworben werden, die ihrerseits nach den Vertragsbedingungen folgende Immobilien-Investitionen vorsehen können:

- Mietwohngrundstücke,
- Geschäftsgrundstücke,
- gemischt genutzte Grundstücke,
- Grundstücke im Zustand der Bebauung,
- unbebaute Grundstücke,
- Erbbaurechte
- Rechte in der Form des Wohnungseigentums, Teileigentums, Wohnungs- und Teilerbbaurechts.
- Beteiligungen an Immobilien-Gesellschaften

Dieses Sonstige Sondervermögen darf Anteile an Immobilien-Sondervermögen, die unter Einhaltung der Anlagegrenzen des Investmentgesetzes, der zusätzlichen Angaben im Verkaufsprospekt und der Vertragsbedingungen in der bis zum 21. Juli 2013 geltenden Fassung erworben wurden, über den 21. Juli 2013 weiter halten. Nach Inkrafttreten des KAGB zum 22. Juli 2013 dürfen keine Anteile an Immobilien-Sondervermögen mehr erworben werden.

e) Für das Sondervermögen können bis zu einer Höhe von 100 Prozent Anteile an in- oder ausländischen Gemischten Sondervermögen im Sinne von § 1 Ziff. 4c erworben werden, die ihrerseits nach den Vertragsbedingungen folgende Investitionen vorsehen können: Wertpapiere, Geldmarktinstrumente, Bankguthaben, Investmentanteile nach § 50 InvG, Derivate, Sonstige Anlageinstrumente gemäß § 52 InvG, Anteile an Sondervermögen gemäß § 84 Abs. 1 Nr. 2 InvG, Aktien an Investmentaktiengesellschaften gemäß § 84 Abs. 1 Nr. 3 InvG

5. Bis zu 10 Prozent des Wertes des Sondervermögens dürfen in in- oder ausländische Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken im Sinne von § 1 Ziff. 4e investiert werden. Es können alle Arten von in- oder ausländischen Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken im Sinne von § 1 Ziff. 4e erworben werden.

Dieses Sonstige Sondervermögen darf Anteile an Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken, die unter Einhaltung der Anlagegrenzen des Investmentgesetzes, der zusätzlichen Angaben im Verkaufsprospekt und der Vertragsbedingungen in der bis zum 21. Juli 2013 geltenden Fassung erworben wurden, über den 21. Juli 2013 weiter halten. Nach Inkrafttreten des KAGB zum 22. Juli 2013 dürfen keine Anteile an Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken mehr erworben werden.

a) Die in- oder ausländische Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken im Sinne von § 1 Ziff. 4e können folgende Anlagestrategien verfolgen:

- **Distressed Securities:** Für diese Strategie werden Aktien, Anleihen oder andere Emissionen von Unternehmen erworben, die sich in der Regel in operationalen oder finanziellen Schwierigkeiten, im Insolvenzverfahren oder in einer längeren Restrukturierungsphase befinden, um von etwaigen positiven Entwicklungen überproportional profitieren zu können;
- **Makroökonomisch:** Bei der makroökonomischen Strategie werden Entwicklungen in der Wirtschaft und Politik analysiert, um daraus mögliche Auswirkungen auf die Finanzmärkte zu erkennen und entsprechend der Analyse in die diesen Märkten zugrunde liegenden Vermögensgegenstände zu investieren;
- **Long/Short Strategie:** Durch die Long/Short-Strategie werden Long-Positionen in Vermögensgegenständen oder Derivaten mit Leerverkäufen von anderen Vermögensgegenständen bzw. Derivaten kombiniert;
- **Relative Value:** Diese Strategie versucht, unterschiedliche Bewertungen zwischen einzelnen Vermögensgegenständen zu nutzen, indem sie auf den relativen Wert eines Vermögensgegenstandes zu einem anderen Vermögensgegenstand oder zu den gleichen Vermögensgegenständen in einem anderen Markt abstellen.

b) Die in- oder ausländische Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken im Sinne von § 1 Ziff. 4e können im jeweils zulässigen Umfang im Rahmen ihrer Anlagestrategie zur Steigerung

des Investitionsgrades Kredite aufnehmen oder Derivate einsetzen und Leerverkäufe durchführen.

c) Die in- oder ausländischen Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken im Sinne von § 1 Ziff. 4e unterliegen keinen Beschränkungen hinsichtlich der Anlage ihrer Mittel in Bankguthaben und Geldmarktinstrumenten.

d) Die Gesellschaft darf nicht in mehr als zwei Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken im Sinne von § 1 Ziff. 4e vom gleichen Emittenten oder Fondsmanager und nicht in andere ausländische Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken im Sinne von § 1 Ziff. 4e aus Staaten anlegen, die bei der Bekämpfung der Geldwäsche nicht im Sinne internationaler Vereinbarungen kooperieren.

e) Die Auswahl der Zielfonds erfolgt anhand der Vertragsbedingungen, Satzung und Prospekte.

f) Ausländische Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken im Sinne von § 1 Ziff. 4e dürfen nur erworben werden, wenn deren Vermögensgegenstände von einer Depotbank oder einem Prime Broker verwahrt werden oder die Funktionen der Depotbank von einer anderen vergleichbaren Einrichtung wahrgenommen werden.

6. Bis zu 30 Prozent des Wertes des Sondervermögens dürfen in Anteile an Sonstigen Sondervermögen im Sinne von § 1 Ziff. 4d gemäß der folgenden Grundsätze angelegt werden:

a) Es kann in allen Arten an Anteilen von in- und ausländischen Sonstigen Sondervermögen im Sinne von § 1 Ziff. 4d. investiert werden, eine gesonderte geographische, thematische oder strategische Ausrichtung ist nicht erforderlich. Bei der Auswahl erwerbbarer Anteile an Sonstigen Sondervermögen im Sinne von § 1 Ziff. 4d richtet sich die Gesellschaft nach deren Anlagebestimmungen und/oder deren aktuellen Halbjahres- bzw. Jahresberichten. Der Einsatz von Derivaten in erwerbbaeren Sonstigen Investmentvermögen kann in zulässigem Umfang erfolgen.

b) Zusammen mit Anteile an Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken i.S.d. § 1 Ziff. 4 e dürfen in Anteile an Sonstigen Sondervermögen i.S.d. § 1 Ziff. 4 d nur maximal 30 Prozent des Wertes des Sondervermögens angelegt werden.

c) In den erwerbbaeren Sonstigen Sondervermoegeen im Sinne von § 1 Ziff. 4d duerfen fuer gemeinschaftliche Rechnung der Anleger kurzfristige Kredite nur bis zur Hoehe von 20 Prozent des Wertes dieses Sonstigen Investmentvermoegeens im Sinne von § 1 Ziff. 4d sowie nur aufgenommen werden, wenn die Bedingungen der Kreditaufnahme marktueblich sind und dies in den Vertragsbedingungen dieses Sonstigen Investmentvermoegeens vorgesehen ist.

d) Die Gesellschaft darf nicht in mehr als zwei Sonstige Sondervermoegeen im Sinne von § 1 Ziff. 4d vom gleichen Emittenten oder Fondsmanager und nicht in andere auslaendische Sonstige Sondervermoegeen im Sinne von § 1 Ziff.4d aus Staaten anlegen, die bei der Bekaempfung der Geldwaesche nicht im Sinne internationaler Vereinbarungen kooperieren.

e) Auslaendische Sonstige Sondervermoegeen im Sinne von § 1 Ziff. 4d, duerfen nur erworben werden, wenn deren Vermoegeensgegenstaende von einer Depotbank oder einem Prime Broker verwahrt werden oder die Funktionen der Depotbank von einer anderen vergleichbaren Einrichtung wahrgenommen werden.

f) Erwerbbaere Sonstige Sondervermoegeen im Sinne von § 1 Ziff. 4d duerfen keine Vermoegeensgegenstaende verkaufen, die im Zeitpunkt des Geschaeftsabschlusses nicht zum Investmentvermoegeen gehoeren (Leerverkaufsverbot).

7. Fuer das Sondervermoegeen koennen alle Arten von Derivaten im Sinne von § 2 Abs. 4 Nr. 3 InvG im nachfolgend beschriebenen Umfang erworben werden:

a) Bis zu 100 Prozent des Wertes des Sondervermoegeens koennen in Derivate im Sinne von § 51 Abs. 1 InvG angelegt werden.

b) In Derivate, welche nicht die Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 InvG erfuellen, koennen insgesamt bis zu 30 Prozent des Wertes des Sondervermoegeens angelegt werden, wobei die fuer Rechnung des Sondervermoegeens gehaltenen Edelmetalle und unverbrieften Darlehensforderungen auf diese Grenze anzurechnen sind.

8. Fuer das Sondervermoegeen koennen alle Arten von Edelmetallen i.S.d. § 90h Abs. 1 Nr. 4 InvG erworben werden, wobei unter Anrechnung der fuer das Sondervermoegeen gehaltenen unverbrieften Darlehensforderungen und Derivaten, welche nicht den Anforderungen des § 51 Abs. 1 InvG entsprechen, insgesamt bis zu 30 Prozent des Wertes des Sondervermoegeens in Edelmetallen angelegt werden koennen.

9. Für das Sondervermögen können alle Arten von unverbrieften Darlehensforderungen i.S.d. § 90h Abs. 1 Nr. 5 InvG erworben werden, wobei unter Anrechnung der für das Sondervermögen gehaltenen Edelmetalle und Derivaten, welche nicht den Anforderungen des § 51 Abs. 1 InvG entsprechen, insgesamt bis zu 30 Prozent des Wertes des Sondervermögens in unverbrieften Darlehensforderungen angelegt werden können.

10. Eine Mindestliquidität im Sinne von § 90j Abs. 3 Nr. 3 InvG muss nicht gehalten werden.

§ 3 Anlageausschuss

Die Gesellschaft kann sich bei der Auswahl der für das Sondervermögen anzuschaffenden oder zu veräußernden Vermögensgegenstände des Rates eines Anlageausschusses bedienen.

§ 4 Anteilklassen

Alle Anteile haben gleiche Rechte; verschiedene Anteilklassen gemäß § 16 Absatz 2 der „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ werden nicht gebildet.

AUSGABEPREIS, RÜCKNAHMEPREIS, RÜCKNAHME VON ANTEILEN UND KOSTEN

§ 5 Anteilscheine

Die Anleger sind an den jeweiligen Vermögensgegenständen des Sondervermögens in Höhe ihrer Anteile als Miteigentümer nach Bruchteilen beteiligt.

§ 6 Ausgabe- und Rücknahmepreis

1. Der Ausgabeaufschlag beträgt bis zu 5 Prozent des Anteilwertes. Es steht der Gesellschaft frei, einen niedrigeren Ausgabeaufschlag zu berechnen oder von der Berechnung eines Ausgabeaufschlags abzusehen. Ein Rücknahmeabschlag wird nicht erhoben.

2. Abweichend von § 18 Abs. 3 der „Allgemeinen Vertragsbedingungen“ ist der Abrechnungsstichtag für Anteilabrufe und Rücknahmeaufträge spätestens der übernächste auf den Eingang des Anteilsabrufs- bzw. Rücknahmeauftrags folgende Wertermittlungstag.

§ 7 Kosten

1a) Die Gesellschaft erhält für die Verwaltung des Sondervermögens aus dem Sondervermögen eine Vergütung in Höhe von bis zu 0,29 Prozent p.a. des Sondervermögens auf Basis des bewertungstäglich ermittelten Inventarwertes, mindestens jedoch € 25.000,00 pro Jahr. Die Verwaltungsvergütung kann dem Sondervermögen jederzeit entnommen werden.

1b) Die Gesellschaft kann in den Fällen, in denen für das Sondervermögen gerichtlich oder außergerichtlich streitige Ansprüche durchgesetzt werden, eine Vergütung von bis zu 15 % der für das Sondervermögen - nach Abzug und Ausgleich der aus diesem Verfahren für das Sondervermögen entstandenen Kosten - vereinnahmten Beträge berechnen.

2. Zur Vergütung des Portfoliomanagers kann die Gesellschaft dem Sondervermögen bis zu 1,25 Prozent p.a. des Sondervermögens auf Basis des bewertungstäglich ermittelten Inventarwertes entnehmen. Die Vergütung wird täglich zurückgestellt und kann jederzeit entnommen werden. Die Vergütung wird von der Verwaltungsvergütung nicht abgedeckt und somit von der Gesellschaft dem Sondervermögen zusätzlich belastet.

Die Gesellschaft kann für Maßnahmen im Zusammenhang mit der technischen Einrichtung zur Messung und Analyse des Marktrisikos des Sondervermögens eine Vergütung von bis zu 0,06 Prozent p.a. des Sondervermögens auf Basis des bewertungstäglich ermittelten Inventarwertes zahlen. Die Vergütung wird von der Verwaltungsvergütung nicht abgedeckt und somit von der Gesellschaft dem Sondervermögen zusätzlich belastet.

Der Betrag, der aus dem Sondervermögen nach den vorstehenden Ziffern 1.a) und 2. als Vergütungen entnommen wird, kann insgesamt bis zu 1,6 Prozent p.a. des Sondervermögens auf der Basis des bewertungstäglich ermittelten Inventarwertes betragen, mindestens jedoch € 25.000,- p.a..

3. Die Depotbank erhält für ihre Tätigkeit aus dem Sondervermögen eine Vergütung von bis zu 0,02 Prozent p.a. des Sondervermögens auf der Basis des bewertungstäglich ermittelten Inventarwertes, mindestens jedoch € 5.000 p.a. Die Depotbankvergütung kann dem Sondervermögen jederzeit entnommen werden.

4. Neben den vorgenannten Vergütungen gehen die folgenden Aufwendungen zulasten des Sondervermögens:

a) bankübliche Depot- und Kontogebühren, ggf. einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Vermögensgegenstände im Ausland;

b) Kosten für den Druck und Versand der für die Anleger bestimmten gesetzlich vorgeschriebenen Verkaufsunterlagen (Jahres- und Halbjahresberichte, Verkaufsprospekt, wesentliche Anlegerinformationen);

c) Kosten der Bekanntmachung der Jahres- und Halbjahresberichte, der Ausgabe- und Rücknahmepreise und ggf. der Ausschüttungen und des Auflösungsberichtes;

d) Kosten der Erstellung und Verwendung eines dauerhaften Datenträgers, außer im Fall der Informationen über Fondsverschmelzungen und der Informationen über Maßnahmen im Zusammenhang mit Anlagegrenzverletzungen oder Berechnungsfehlern bei der Anteilwertermittlung;

e) Kosten für die Prüfung des Sondervermögens durch den Abschlussprüfer des Sondervermögens;

f) Kosten für die Bekanntmachung der Besteuerungsgrundlagen und der Bescheinigung, dass die steuerlichen Angaben nach den Regeln des deutschen Steuerrechts ermittelt wurden;

g) Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen durch die Gesellschaft für Rechnung des Sondervermögens sowie der Abwehr von gegen die Gesellschaft zu Lasten des Sondervermögens erhobenen Ansprüchen;

h) Gebühren und Kosten, die von staatlichen Stellen in Bezug auf das Sondervermögen erhoben werden;

- i) Kosten für Rechts- und Steuerberatung im Hinblick auf das Sondervermögen;
- j) Kosten sowie jegliche Entgelte, die mit dem Erwerb und/oder der Verwendung bzw. Nennung eines Vergleichsmaßstabes oder Finanzindizes anfallen können;
- k) Kosten für die Beauftragung von Stimmrechtsbevollmächtigten;
- l) Kosten für die Analyse des Anlageerfolges des Sondervermögens durch Dritte;
- m) Kosten für die Lagerung, den Transport und die Versicherung der Edelmetalle;
- n) im Zusammenhang mit den an die Gesellschaft, die Depotbank und Dritte zu zahlenden Vergütungen sowie den vorstehend genannten Aufwendungen anfallende Steuern einschließlich der im Zusammenhang mit der Verwaltung und Verwahrung entstehenden Steuern.

5. Neben den vorgenannten Vergütungen und Aufwendungen werden dem Sondervermögen die in Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögensgegenständen entstehenden Kosten belastet (Transaktionskosten).

6. Die Gesellschaft hat im Jahresbericht und im Halbjahresbericht den Betrag der Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge offen zu legen, die dem Sondervermögen im Berichtszeitraum für den Erwerb und die Rücknahme von Anteilen im Sinne des § 1 Ziffer 4 a bis e berechnet worden sind. Beim Erwerb von Anteilen, die direkt oder indirekt von der Gesellschaft selbst oder einer anderen Gesellschaft verwaltet werden, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, darf die Gesellschaft oder die andere Gesellschaft für den Erwerb und die Rücknahme keine Ausgabeaufschläge und Rücknahmeabschläge berechnen. Die Gesellschaft hat im Jahresbericht und im Halbjahresbericht die Vergütung offen zu legen, die dem Sondervermögen von der Gesellschaft selbst, von einer anderen Kapitalanlagegesellschaft, einer Investmentaktiengesellschaft oder einer anderen Gesellschaft, mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist oder einer ausländischen Investment-Gesellschaft, einschließlich ihrer Verwaltungsgesellschaft als Verwaltungsvergütung für die im Sondervermögen gehaltenen Anteile berechnet wurde.

ERTRAGSVERWENDUNG UND GESCHÄFTSJAHR

§ 8 Ausschüttung der Erträge

1. Die Gesellschaft schüttet grundsätzlich die während des Geschäftsjahres für Rechnung des Sondervermögens angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Zinsen, Dividenden und Erträge aus Investmentanteilen sowie Entgelte aus Darlehens- und Pensionsgeschäften - unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs - aus. Veräußerungsgewinne und sonstige Erträge - unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs - können ebenfalls zur Ausschüttung herangezogen werden.

2. Ausschüttbare Erträge gemäß Abs. 1 können zur Ausschüttung in späteren Geschäftsjahren insoweit vorgetragen werden, als die Summe der vorgetragenen Erträge 15 % des jeweiligen Wertes des Sondervermögens zum Ende des Geschäftsjahres nicht übersteigt. Erträge aus Rumpfgeschäftsjahren können vollständig vorgetragen werden.

3. Im Interesse der Substanzerhaltung können Erträge teilweise, in Sonderfällen auch vollständig zur Wiederanlage im Sondervermögen bestimmt werden.

4. Die Ausschüttung erfolgt jährlich innerhalb von vier Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres.

§ 9 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr des Sondervermögens beginnt am 01. November und endet am 31. Oktober.

Frankfurt am Main, Juli 2013

Die Geschäftsführung